

Sperrfrist: 15.01.2016, 19.00 Uhr

Die Schweiz auf dem Weg zur Diktatur

**Albisgüetli-Rede vom 15. Januar 2016, gehalten an der
28. Albisgüetli-Tagung der SVP des Kantons Zürich
im Schützenhaus Albisgüetli in Zürich**

Von Christoph Blocher, a. Nationalrat und a. Bundesrat

Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort. Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.

www.blocher.ch - www.svp.ch - www.svp-zuerich.ch

Das Video der Rede ist am Samstag 16. Januar 2016 ab 11 Uhr auf www.blocher.ch
aufgeschaltet

Inhaltsverzeichnis

Die Schweiz auf dem Weg zur Diktatur

| | | |
|-------|--|----|
| I. | Begrüssung..... | 3 |
| II. | Aus dem politischen Alltag..... | 5 |
| III. | Ansprache des Bundespräsidenten..... | 8 |
| IV. | Wie hältst Du es mit der liberalen Marktwirtschaft?..... | 15 |
| V. | Der Weg in die Diktatur..... | 16 |
| VI. | Und die Wissenschaft? | 20 |
| VII. | Die SVP als Verteidigerin der Volksrechte..... | 23 |
| VIII. | Übermut tut gar nicht gut..... | 24 |

Albisgüetli-Rede 2016

I. Begrüssung

Herr Präsident,

Herr Bundespräsident,

Herr Bundesrat,

Frau Kantonspräsidentin,

Herr Regierungspräsident,

geschätzte Regierungsrätinnen,

Herr Parteipräsident der SVP Schweiz,

Herr Vize-Fraktionspräsident der SVP-Fraktion Schweiz,

Nationalrätinnen und Nationalräte aus zahlreichen Kantonen der Schweiz,

Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus zahlreichen Kantonen,

Gemeindepräsidenten und Gemeinderäte,

Bundesrichterin, Oberrichter, Bezirksrichterinnen, Bezirksrichter und Staatsanwälte,

Herren Brigadiers,

Mitglieder, Freunde und Gäste der Zürcher SVP,

Liebe Frauen und Männer!

Albisgüetli-Rede 2016

Sie sind zu diesem traditionellen, einzigartigen schweizerischen politischen Anlass gekommen, an dem es darum geht, anfangs Jahr eine **politische Standortbestimmung** vorzunehmen.

Einerseits ist es eine Standortbestimmung aus **Sicht der SVP**. Diese nimmt Partei für die Schweiz – ist also notwendigerweise parteiisch.

Andererseits ist es eine Standortbestimmung aus der **Sicht der Schweizer Regierung**, d.h. des jeweilige Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin – wenn sie den Mut haben zu kommen.

Sie, Herr Bundespräsident Schneider-Ammann, haben den Mut. **Und das ist ein ausgesprochen gutes Omen für Ihr Präsidentschaftsjahr 2016! Wir danken Ihnen für Ihr heutiges Kommen.**

Ich darf Sie versichern, Herr Bundespräsident:

Sie werden entspannter und fröhlicher nach Hause gehen, als Sie gekommen sind!

II. Aus dem politischen Alltag

Vor Weihnachten nehme ich unter anderem den „Tages-Anzeiger“ zur Hand. (Sie sehen, ich beschränke mich nicht nur auf gute Zeitungen) Da schreibt ein linker Journalist verzweifelt:

"Der Zeitgeist ist rechts".

„Die Linke ist erschütterter, als sie es zugeben möchte. Die Grünen spielen im Moment überhaupt keine Rolle mehr. Eveline Widmer-Schlumpf weg, die BDP in Auflösung, der zweite SVP-Bundesrat unter leisestem Murren in die Regierung gewählt, die Finanzen wieder bürgerlich, Mehrheiten in den wichtigen Kommissionen für FDP und SVP, die Wirtschaftsverbände auf Linie, die Medien zufrieden.“¹

Doch, wie alles, was von links kommt, ist leider auch dieses Klagelied falsch.

Wohl war der Wahlherbst 2015 für unsere Gegner ein unsanftes Erwachen: **Die von allen Parteien so angefeindete SVP hat am 18. Oktober 2015 einen grandiosen Wahlerfolg eingefahren.**

Insofern stimmt es: Noch nie seit es in der Schweiz das Proporzverfahren gibt, hat eine Partei einen Stimmenanteil von 29,4% erreicht. Und bis zu den Wahlen 2019 darf man dies wohl historisch nennen.

Das ist erfreulich: Die Bürger merken langsam, dass die **Zeiten der politischen Träumereien vorbei sind**. Wir sind in der **Wirklichkeit** angekommen. Die Wirklichkeit verlangt ihr Recht. Man kann die Probleme nicht mehr nur schönreden oder zudecken: **Die Bürger haben sich der SVP – der Partei, die auf dem Boden der Wirklichkeit steht – zugewandt.**

¹ Philipp Loser: Der Zeitgeist ist rechts. In: „Tages-Anzeiger“ online, 23.12.2015, siehe www.smd.ch/SmdDocuments/?aktion=protectedDocumentsDownload&userInterface=SMD+Search+V7&an=JM20151224001700122&view=XHTML&newLocale=de

Albisgüetli-Rede 2016

Aber, meine Damen und Herren, unsere Reaktion auf den Wahlsieg ist für uns **nicht Triumph**, sondern **Nachdenklichkeit** und die **Angst**, dass das, was die Bevölkerung will, trotz diesem Wahlergebnis wieder nicht geschieht.

Denn – meine Damen und Herren –, haben all unsere gewählten SVP-Parlamentarier die Kraft, den Mut, den Fleiss und die notwendige Selbstlosigkeit, um dem Ruf der Freiheit endlich Nachdruck zu verschaffen?

Die Angriffe der Gegner machen mir keine Angst, die sind wir gewohnt: Auch vor den Wahlen wurde die SVP angegriffen wie eh und je. Wie vor den Wahlen wird sie es erst recht nach den Wahlen sein. Aber die SVP hat standgehalten, durchgehalten – wie eh und je. Obwohl nicht nur andere Parteien, sondern auch Medienhäuser, das Staatsfernsehen und das Staatsradio gegen die SVP mobilisiert haben, liessen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht beirren. Sie haben ihre Stimmen der soliden, verlässlichen Politik der SVP gegeben.

Aber, meine Damen und Herren, tragen wir deswegen den Kopf nicht zu hoch! Das war nicht aus Dankbarkeit. Der Spruch "Wahltag ist Zahltag" stimmt nicht. Der Wähler ist viel egoistischer. Er wählt den, der ihm etwas bringt und verlangt das Einlösen der Wahlversprechen. Für Karrierepolitiker und bequeme Windfahnen bleibt in unserer Politik nicht viel Platz. Merken wir uns:

Die Wählerinnen und Wähler erwarten, dass endlich wieder für die Freiheit jener Menschen politisiert wird, die für die Schweiz einstehen und die unser Land voranbringen wollen. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen, dass wieder ihre Interessen vertreten werden und nicht die von allen andern irgendwo auf der Welt! Sie wollen zu Recht Freiheit und Sicherheit. Sie wollen, dass sie die Zukunft selber bestimmen können. Damit dies geschieht, dazu hat die SVP am 18. Oktober 2015 ihren Auftrag bekommen.

Albisgüetli-Rede 2016

Mit Erleichterung und Zuversicht nehmen wir zur Kenntnis, **dass die SVP erstmals wieder mit zwei vollwertigen Vertretern ihrer Partei im Bundesrat vertreten ist.** Neben Ueli Maurer neu mit Guy Parmelin, dem ersten SVP-Vertreter aus der Romandie. Die von allen beschworene **Konkordanz ist endlich wieder hergestellt – das gibt Mut und Hoffnung für die Zukunft.**

Ja, es gibt Zeichen, dass der Zeitgeist sich langsam zum Guten wendet.

Hören wir, was ein früheres SP-Mitglied, der bekannte Wirtschaftsanwalt Peter Nobel schreibt: *„Früher hatten wir“* (gemeint sind wir Schweizer) – *„eine gewisse Bremsneigung und sagten: Da machen wir nicht mit! Heute stimmen Vertreter der Schweiz auch blödsinnigen internationalen Entwicklungen unreflektiert zu – etwa wenn es um Steuerregulierungen geht. Ja schlimmer noch: Sie marschieren mit wehenden Fahnen voran und fragen devot: Was wollt ihr sonst noch? (...) Wir hatten mehr Reputation, als wir weniger über Reputation redeten. (...) Heute meint man, die grösstmögliche Anpassung verschaffe einem die grösste Reputation. Die Schweiz betreibt eine kurzfristige Liebkindpolitik.“*

Das sagen heute auch Linke! Auch solche, die eben noch fürs ständige Einknicken und Nachgeben waren. Ob sie heute anders denken oder ob sie es nur sagen, weil es plötzlich dem Zeitgeist entspricht, weiss ich nicht. Aber zumindest getrauen sie sich nicht mehr, das Frühere zu sagen.

Weiter schreibt der linke Peter Nobel: *„Wir sind den Amerikanern zu schnell und zu weit entgegengekommen, ohne dabei etwas herauszuholen. Von daher finde ich es gut, dass jetzt ein Bundesrat Finanzminister wird, der über mehr Widerborstigkeit verfügt als seine Vorgängerin.“*² Sie sehen, Herr Bundesrat Ueli Maurer, **Sie haben eine wahrhaft grosse Aufgabe, wenn selbst die Linken ihre Hoffnungen auf Sie setzen!**

² „Die Schweizer verlieren ihren Widerstandsgeist“. Das grosse Interview mit Peter Nobel. In: Schweiz am Sonntag, 27.12.2015, S.12.

Albisgüetli-Rede 2016

Das heisst aber, meine Damen und Herren, es gibt gerade in diesem Departement sehr viel zu tun. Jetzt heisst es: Aufräumen mit all den Regulierungsprojekten, finito mit all den Steuer- und Abgabenerhöhungen! Jetzt gilt es, endlich die fetten Polster in der eidgenössischen Verwaltung abzuspecken und vermehrt die Kosten zu senken statt unter dem Titel „Sparprogramm“ den Bürgern zu verschleiern, dass die Ausgaben ständig erhöht werden.

III. Ansprache des Bundespräsidenten

Herr Bundespräsident, ich habe am Neujahrstrag im Autoradio Ihre Neujahrsansprache gehört. Ihre Rede an die "lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger" beginnt so: **"Ich stehe am Rhein, auf Schweizer Boden, an der Grenze zu unseren Nachbarn."**

Ich traue meinen Ohren nicht! Der Bundespräsident 2016 getraut sich, das Wort "Grenze" wieder auszusprechen. Das war ja seit 1989 – nach der Euphorie des Mauerfalls – verpönt. Grenzen durfte es nicht mehr geben. Doch jetzt, wo die Wirklichkeit die Träumereien der Grenzenlosigkeit verdrängt, taucht das Wort wieder auf, und der tiefe Wert des Begriffs wird sichtbar. Nur, Herr Bundespräsident, rufen wir Ihnen zu: **Grenzen behalten ihren Sinn nur, wenn man Grenzen auch schützt.** Ohne geschützte Grenzen gibt es keinen Staat. Unsere Grenzen sind nicht gegen die Freiheit gerichtet, sondern die **Voraussetzung unserer Freiheit.**

Was heisst das nun bei all den Heerscharen von Illegalen, die **ungehindert** ins Land strömen? Statt Illegale nennt man sie neuerdings Flüchtlinge, um die Unfähigkeit des Grenzschutzes mit dem Schein von menschlicher Wärme zu verdecken. Wann erwacht Bundesbern? Die Asylzahlen sind mit 40'000 Gesuchen auf einem Allzeithoch und wir Bürger dulden diesen Missbrauch stillschweigend, obwohl dieses Asylchaos hausgemacht ist. Es ist nicht Folge einer Flüchtlingskrise, sondern einer **Führungskrise.**

Albisgüetli-Rede 2016

Mit diesem Chaos steigt die Gefahr von terroristischen Anschlägen ebenso wie die Kriminalität von schweren Straftaten. Die Vorfälle in Köln und anderen europäischen, ja selbst schweizerischen Städten öffnen hoffentlich auch unseren Politikern endlich die Augen! Und bei all diesen Gefahren steht die Armee nur mit einem Minimum da. Ich wiederhole:

Ein Land, das nicht in der Lage ist, die eigenen Grenzen zu schützen, ja nicht einmal zu kontrollieren, gibt sich selbst auf.

Wie ist es zu erklären, dass die SVP noch im Dezember mit ihrer Forderung nach Personenkontrolle an der Grenze völlig alleine dastand?

Vor den Wahlen – am 20. September 2015 – erklärte doch der freisinnige Parteipräsident: „Wir müssen unsere Grenzen kontrollieren“.³ Doch nach den letzten Wahlen stimmte die FDP im Parlament geschlossen mit den Linken gegen die Kontrolle der Grenzen. Meine Damen und Herren, Sie sehen: Vor den Wahlen ist nicht nach den Wahlen!

Wir denken auch an die nach wie vor unerträgliche Masseneinwanderung, die die Schweiz auch im sogenannten Krisenjahr 2015 wieder mit rund 75'000 Zuwanderern überschwemmt hat. Eine neue Stadt in der Grösse des Kantons Schaffhausen! Und diese Masseneinwanderung dauert an, obwohl das Volk und die Kantone vor zwei Jahren in einer Verfassungsabstimmung "Nein!" zu dieser verhängnisvollen Entwicklung gesagt haben.

³ „Wir müssen unsere Grenzen kontrollieren“. In: „Tages Anzeiger online“, 20.09.2015

Albisgüetli-Rede 2016

Diese Zuwanderung hat uns eine Rekordarbeitslosigkeit von 3,7 % beschert. Bei den Ausländern beträgt diese bereits 7,3%. In absoluten Zahlen ist jeder zweite Arbeitslose ist ein Ausländer!

Hören wir doch auf, uns stets auf Schengen/Dublin zu berufen. "Schengen/Dublin ist tot", sagte die deutsche Bundeskanzlerin Merkel. Die Schweiz ist heute bald das einzige Land in Europa, das die Grenzen nicht kontrolliert.

Die flankierenden Massnahmen mit Gesamtarbeitsverträgen, Kontrollen, bürokratischen Vorschriften und korruptionsähnlichen Überwachungskommissionen schaden dem Erfolgsmodell unseres liberalen Arbeitsmarkts.

Sie, Herr Bundespräsident, stellen in der Neujahrsansprache zu Recht besorgt fest:

"Im vergangenen Jahr ist manches geschehen, das uns verunsichert."

Da kann man nur sagen: Ja, Herr Bundespräsident, es ist wirklich manches passiert, was uns verunsichert!

Wir denken auch mit Schaudern an die Gesetzesflut, die die Schweizer Bürger am gleichen Tag, als Sie Ihre Neujahrsrede hielten, überschwemmt hat: **428 neue oder geänderte Erlasse, Verfassungsbestimmungen, Gesetze, Verordnungen treten alleine auf den 1. Januar 2016 in Kraft. Allein die Liste der neuen Verordnungen und Gesetze umfasst ausgedruckt 58 Seiten.**⁴

Meine Damen und Herren, da geht es **um Freiheitsbeschränkungen, Regulierungen, Verbürokratisierungen, Steuer- und Abgabenerhöhungen.**

Was sind denn die Folgen?

⁴ <https://www.admin.ch/opc/de/stats/inforce/2016/1.html>

Albisgüetli-Rede 2016

Zum Beispiel:

- **Die auf den 1. Juli 2016 in Kraft tretende Senkung des Höchstzinssatz für Konsumkredite?**
Ein Beschluss gegen jede ökonomische Vernunft, die in einen problemlos funktionierenden Markt für Kreditvergaben eingreift und ganze Gruppen in Zukunft von Krediten ausschliesst. Gleichzeitig drucken Notenbanken Geld, um die Kreditvergabe an Private anzukurbeln.
- Oder denken wir an die Änderung der CO2-Verordnung, die eine **Erhöhung der Abgabe** von 16 Rappen auf 22 Rappen pro Liter Heizöl bringt, d.h. **eine Abgabenerhöhung von über 37%!**
- Das gleiche erfährt der Bürger auch bei den Stromkosten, denn die **kostendeckende Einspeisevergütung (KEV)**, die die Folge einer unsinnigen Energiewende gegen den Widerstand der SVP beschlossen wurde, wird nochmals von 1,1 auf 1,3 Rappen pro Kilowattstunden – also **um fast 19% – erhöht.**
- Oder was steckt wohl hinter der "**Krankenversicherungsaufsichtsverordnung?**" Sie bringt massiv mehr Bürokratie und Eingriffe in unternehmerische Belange (Hier hat schon das einzige Titelwort "Krankenversicherungsaufsichtsverordnung" **38 Buchstaben**. Da brauchen sie fast schon einen Mathematiker, nur um den Titel zu lesen!)
- Ab diesem Jahr wird auch der **Bargeldverkehr eingeschränkt.**

Ich könnte noch stundenlang aufzählen, was alles passiert ist, was uns verunsichert. Und die Pipeline von Staatseingriffen für 2016 ist randvoll.

Aber ich will aufhören. Sonst wird es mir schlecht, und Ihnen vergeht der Appetit auf unser Essen.

Hat der viel gerühmte Rechtsrutsch die Kraft, um **Nein zu sagen?** Die Bilanz nach der ersten Session stimmt leider nicht sehr zuversichtlich.

Zugegeben: Ein kleines Lichtlein ist zu erkennen:

Albisgüetli-Rede 2016

So wurde wenigstens der Gegenvorschlag zur Volksinitiative „**Grüne Wirtschaft**“ beerdigt.

Aber in 43 Abstimmungen spielte die übliche unheilige Allianz FDP/CVP/SP gegen die SVP und sorgte dafür, dass der Unsinn weiter geht. Die SVP stand allein.

Herr Bundespräsident, Sie rufen in Ihrer Neujahrsansprache dem Volk zu: "**Werden Sie wieder mutiger, vom Vertrauen aus zu denken, statt vom Misstrauen.**" Und Sie stellen sehr richtig fest: "**Wenn es ringsum brodeln, tut man gut daran, sich auf seine Stärken zu besinnen.**"

Ja, wir von der SVP haben tiefes Vertrauen in die Stärken der Schweiz.

Vertrauen ist ein hohes Gut. Nur: Wie gewinnt man Vertrauen? Meine Lebenserfahrung als Vater in der Kindererziehung, als Industrieller, als militärischer Kommandant, als langjähriger Politiker hat mich gelehrt: Es nützt nichts, **Vertrauen zu predigen, anzuordnen oder zu befehlen. Vertrauen kann man sich nur durch vertrauenswürdiges Handeln verdienen.**

Ein so gewonnenes Vertrauen kann dann auch nicht mehr so leicht zerstört werden. Auch nicht durch heftigste Kritik! Das hat die SVP ja zur Genüge erfahren: Die Verdreckelung durch die Einheitspresse, der oft geradezu militante Anti-SVP-Kurs unserer Staatsmedien SRF hat dem Vertrauen in unsere Partei nicht geschadet, weil wir bis zur Selbsterniedrigung für Land und Volk eingestanden sind. Das Wahlergebnis hat gezeigt: **Der SVP wird Vertrauen geschenkt.**

Ob die SVP es auch in Zukunft verdient, hängt nur von der Arbeit der Gewählten ab. Die Wahlen 2019 werden dies zeigen. Angriffe schaden uns nicht, aber das Nachlassen, die Bequemlichkeit, Hochnäsigkeit und Eigennutz der Gewählten können es zerstören.

Albisgütli-Rede 2016

Meine Damen und Herren, wir wissen:

In fast allen Rankings steht die Schweiz besser da, als die anderen Länder. Nicht etwa weil wir Schweizer tüchtiger, weiser oder kreativere Menschen wären. Auch Politiker haben wir nicht die besseren.

Der Hauptgrund, warum die Schweiz so viel besser dasteht, ist ihre **besondere Staatsform**, die unsere Vorfahren geschaffen haben. Diese ruht auf soliden Staats-säulen, die sich in der Lebenswirklichkeit bewährt und uns dauerhaften Frieden und einen einzigartigen Wohlstand gebracht haben.

Es geht um die **Unabhängigkeit, die direkte Demokratie, die dauernd bewaffnete Neutralität, den Föderalismus, die Freiheits- und Menschenrechte und die liberale Marktwirtschaft.**

Aber **jede einzelne dieser Staatssäulen ist heute trotz ihrer eindrucklichen Erfolgsgeschichte bedroht – im Innern bedroht noch mehr als von aussen.**

Meine Damen und Herren, der Bundesrat und die Volksvertreter haben vor wenigen Wochen feierlich ihren Eid auf die Verfassung abgelegt, wo in Artikel 2 steht: „**Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.**“

Doch was passiert heute? Bundesbern ist bereit, der EU entgegenzukommen, welche die Schweiz jetzt institutionell in die EU integrieren will. Verharmlosend wird das "Rahmenvertrag" oder "Vertrag zur Erneuerung des bilateralen Weges" genannt. **Aber es ist nichts anderes als ein Kolonialvertrag, der die über 700 Jahre alte schweizerische Unabhängigkeit beenden und in die EU münden würde.**

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig wird die weltweit einzigartige Volkssouveränität der Schweiz zunehmend eingeschränkt und ausgehebelt.

Man stellt **internationales Recht über das vom Volk gutgeheissene Landesrecht** und missachtet damit den Volkswillen.

Albisgüetli-Rede 2016

Man will **die kriminellen Ausländer nicht ausschaffen** und **missachtet auch den Volkswillen**. Man will **die Masseneinwanderung nicht stoppen** und **missachtet den Volkswillen**.

Der Volkswille soll nur noch gelten, wenn er der Obrigkeit passt.

Meine Damen und Herren, hier geht es um die grundlegendste Frage des Staates: Wer entscheidet in unserem Gemeinwesen?

Sind es Politiker, Professoren, Richter in Lausanne oder Strassburg, sind es irgendwelche internationale Kongresse?

In der Schweiz ist die Antwort seit Jahrhunderten klar: **Es ist das Volk**, die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen – **der Souverän** – **als oberste Instanz**. Er setzt das Recht.

Die Behörden – Parlament, Regierung, Verwaltung und Gerichte – sind alle an das von der Mehrheit des Volkes erlassene Recht gebunden. **Das Recht und gerade auch die Menschenrechte – das hat die Geschichte eindrücklich bewiesen – sind in der Demokratie besser aufgehoben als in einem Gremium mit einigen Richtern und internationaler völkerrechtlicher Betriebsamkeit.**

Meine Damen und Herren, diese Staatsäulen zu verteidigen ist gerade heute der Bürger erste Pflicht. Und diese müssen auf die SVP zählen können.

Daran gibt es nicht zu rütteln! Eine Entmachtung des Volkes und die Preisgabe der Unabhängigkeit werden wir nie zulassen.

Da könnte uns das Parlament auch sieben Bundesräte zugestehen, die SVP müsste und würde gegen die Preisgabe von Volkrechten und der Volkssouveränität antreten.

IV. Wie hältst Du es mit der liberalen Marktwirtschaft?

Meine Damen und Herren, auch die liberale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell der Schweiz. Die Schweiz kann nicht gleich sein wie die andern, **sie muss anders und besser bleiben.** Gleich lange Spiesse reichen nicht, wir brauchen längere Spiesse, wie wir das bisher hatten. Wir wollen Schweizer Qualität, nicht „internationale Standards“, nicht internationales Mittelmaß, von dem die frühere Finanzministerin immer wieder erzählte. **Oder wollen Sie internationale Standards beim Einkommen? Wollen Sie internationale Standards bei der Lebensqualität, bei den Sozialwerken, im Gesundheitswesen oder im Bildungsbereich?** Die internationale Harmonisierung zwingt uns, hinabzusteigen ins Mittelmaß. So schaffen wir uns selber ab!

Das süsse Gift des Sozialismus breitet sich überall aus. Statt dem bisherigen Erfolgsrezept eines möglichst schlanken Staates folgen wir dem Irrweg von immer mehr Regulierungen, Bürokratie, Verboten, Geboten, Vorschriften, Umverteilung, höheren Steuern und Abgaben. **Der Staat wird immer mächtiger, seine Bürger werden immer schwächer.**

Aus gutem Grund mussten bislang **Steuererhöhungen** immer durch die Bürger genehmigt werden. Neuerdings darf die Verwaltung Erhöhungen von **CO2-Abgaben** selbständig beschliessen! Die Radio- und Fernsehgebühren wurden zu einer **geräteunabhängigen Steuer**, die der Bundesrat eigenständig erhöhen darf.

Albisgüetli-Rede 2016

Mit so genannten „flankierenden Massnahmen“ zerstören wir das Erfolgsmodell des liberalen Arbeitsmarktes. Statt die guten Erfahrungen mit dem freien Arbeitsmarkt zu verteidigen, setzen die Politiker und zum Teil leider auch die Wirtschaftsfunktionäre auf **staatlich diktierte Mindestlöhne, allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge, Lohnkontrollen, Geschlechterquoten, immer weitergehenden Kündigungsschutz**. Das sind alles längst gescheiterte sozialistische Rezepte. Kurz: **Wir gefährden unseren bisher so erfolgreichen Wirtschafts-, Arbeits- und Arbeitsplatz und setzen stattdessen auf längst gescheiterte sozialistische Rezepte**. Und schaffen so schlussendlich den Erfolgsfall Schweiz ganz ab.

V. Der Weg in die Diktatur

Meine Damen und Herren, wir treffen uns hier zur Albisgüetli-Tagung mitten in der „Arglist der Zeit“, wie es schon im Bundesbrief von 1291 hiess. Schon damals ging es wie später in der Schweizer Geschichte immer wieder um die Frage: **Wer soll im Lande das Sagen haben?**

Wer sieht, wie heute die Schweizer Gesetze, die schweizerische Ordnung, der schweizerische Gesetzgeber, also der Schweizer Bürger, ausgehebelt und umgekrempelt wird, wer sieht, dass Behörden, Gerichte und vor allem internationale, ausländische Gesetzgeber immer mehr das Sagen haben, der muss zum Schluss kommen:

Bundesbern hat den Weg in die Diktatur angetreten.

Sie mögen erschrecken, meine Damen und Herren, die Lage ist ernst: Wer Ohren hat, der höre, wer Augen hat, der sehe: **Wir stehen vor einem stillen Staatsstreich**.

Nun meine Damen und Herren, für Verwaltung, Regierung und Parlamentsmehrheit ist die Missachtung des Volkswillens zur Gewohnheit, wenn nicht zum Programm geworden ist.

Albisgüetli-Rede 2016

Der erbitterte Kampf gegen die Durchsetzungsinitiative von Politikern, Behörden, Verwaltung und Richtern ist ein deutliches Zeichen.

Die anderen Parteien wollen die kriminellen Ausländer nicht ausschaffen, obwohl dies Volk und Kantone vor über fünf Jahren unmissverständlich beschlossen haben.

Die Situation hat sich deutlich verschärft, nachdem sich nun auch **die höchsten Richter des Landes**, die Recht sprechen sollten, auch nicht mehr an das von Volk und Ständen gesetzte Recht halten. Sie beginnen, **sich mit Verweis auf internationales Recht über den schweizerischen Gesetzgeber zu erheben**. Dabei sieht unsere Verfassung ausdrücklich vor, **dass die demokratischen Entscheide Vorrang vor der rechtlichen Auslegung haben. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen keinen Richterstaat**. Denn sie wissen aus der historischen Erfahrungen, dass sich in Diktaturen gerade die Richter den jeweiligen Diktatoren schnell und bereitwillig an den Hals geworfen haben.

Alarmierende Beispiele für diese Entwicklung sind **neuere Entscheide unseres Bundesgerichts**, speziell das **verhängnisvolle Urteil vom 12. Oktober 2012** über die Ausschaffung eines mazedonischen Drogenhändlers. Hier nahm das Bundesgericht **erstmalig unmittelbar Einfluss auf einen Gesetzgebungsprozess im Parlament** und machte sich gewissermassen selbst zum Gesetzgeber, indem es **generell fremdes Recht über das Landesrecht stellt** und das Schweizer Volk entrechtet. **Ein stiller zwar, aber dennoch ein Staatsstreich**. Die neueste Begründung für die Missachtung des Volkswillens ist die Aussage von zwei ehemaligen und eines amtierenden Bundesrichters, man wende sich gegen die Diktatur der (Volks-)Mehrheit!⁵ **Offenbar wollen die Bundesrichter eine Diktatur der Minderheit!**

⁵ Schweiz am Sonntag vom 10.01.2016

Albisgüetli-Rede 2016

Weiter hat am 26. November 2015 das Bundesgericht entschieden, im Sinne einer **„möglichst parallelen Rechtssprechung“ die Praxis des Europäischen Gerichtshofs prinzipiell zu übernehmen**; im Zweifel gilt also in Lausanne die Gesetzesauslegung der EU-Richter. Trotz dem Ja des Volkes zur Massenzuwanderungsinitiative, die seit zwei Jahren Verfassungsrecht darstellt, stellt das Urteil fest: *„Das Bundesgericht hat im Zusammenhang mit dem Freizügigkeitsabkommen bereits entschieden, dass diesem gegenüber dem nationalen Recht Vorrang zukommt, selbst wenn das Gesetz vom Freizügigkeitsabkommen bewusst abweichen würde.“*⁶

Das Volk, der Gesetzgeber, ist also nicht mehr frei, sondern muss sich gemäss den Bundesrichtern nicht dem Verfassungsgesetzgeber sondern dem EU-Willen unterziehen.

Der Volkswillen und die Verfassung sollen bei der Personenfreizügigkeit mit der EU nicht mehr berücksichtigt werden. **Wir müssen uns also nicht nur vor fremden Richtern hüten, sondern zunehmend auch vor den eigenen Richtern!**

Darum ist die Volksinitiative der SVP, wonach das Schweizer Recht verfassungsmässig Vorrang vor dem internationalen Recht haben muss, so wichtig.

Die richterliche Unabhängigkeit ist hochzuhalten, damit die Richter das tun können, was sie müssen, aber nicht, damit sie tun können, was sie wollen. Sie haben Recht zu sprechen, sich aber nicht über das legitimierte schweizerische Recht hinwegzusetzen.

Der Auftrag der Bundesrichter besteht nicht darin, zu politisieren, sich zusammen mit andern Staatsbehörden gegen die Verfassung und gegen die Bürger zu verbünden und damit einen stillen Staatsstreich auszuführen.

⁶ Keine Änderung bei Auslegung des Freizügigkeitsabkommens, Urteil vom 26. November 2015, Medienmitteilung des Bundesgerichts, siehe www.bger.ch/press-news-2c_716_2014-t.pdf

Albisgüetli-Rede 2016

Die Aufgabe des Bundesgerichts ist in erster Linie der Schutz der Freiheit und der Rechte der Bürger.

Und jetzt stellt es ausländisches Recht und fremde Richter eigenmächtig über das schweizerische Recht. Dass dies die Bundesverwaltung, der Bundesrat, die Parlamentsmehrheit und alle Kantonsregierungen auch tun, macht die Sache nicht besser, sondern schlimmer.

Meine Damen und Herren, warum werden eigentlich die Bundesrichter nicht vor dem Wahlgremium d.h. vor der Bundesversammlung **vereidigt**?

Die SVP muss jetzt in einem Vorstoss verlangen, **dass sämtliche Bundesrichter als Vertreter der dritten Gewalt vor der Vereinigten Bundesversammlung vereidigt werden – genau wie die Bundesräte, der Bundeskanzler, die Parlamentarier und im Kriegsfall der General. Sämtliche Bundesrichter sollen vor den versammelten 246 Vertretern von Volk und Ständen „vor Gott dem Allmächtigen“ schwören oder geloben, die schweizerische Verfassung und die schweizerischen Gesetze zu beachten und die Pflichten ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.**

Zur Verfassung gehört insbesondere auch der Zweckartikel 2: *„Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.“* Dieser vor der Bundesversammlung abgelegte Eid würde den Bundesrichtern verbieten, statt schweizerische Interessen die EU-Interessen zu vertreten und sich statt rein richterliche auch sehr grosszügige gesetzgeberische Kompetenzen anzumassen.

Auch ist bei den stets etwas **leichtfertig vorgenommenen Richterwahlen** bei jedem Richter zu prüfen, ob er dem **demokratisch gesetzten Recht oder internationalem Recht oder schwammigen Rechtsgrundsätzen, die gerade in Mode sind, den Vorrang gibt.** Dringend ist diese Prüfung bei den Bundesverwaltungsrichtern, insbesondere bei den Richtern in der Kammer, welche die Asylfälle beurteilt. Sie setzen sich leichtfertig über das Asylgesetz, welches das Volk ausdrücklich beschlossen hat, hinweg, das es verbietet, Kriegsflüchtlinge als anerkannte Flüchtlinge aufzunehmen,

VI. Und die Wissenschaft?

Aber meine Damen und Herren, Verwaltung, Bundesrat, Parlament und Bundesgericht kommen zunehmend auch unter Druck von den sogenannten Wissenschaften – vor allem von den Geisteswissenschaftlern –, die ihrer linken politischen Ideologie einen pseudowissenschaftlichen Tarnmantel umlegen. Sie wollen den Bürgern vorschreiben, was sie zu denken und zu glauben hätten und grenzen alle Ansichten, die ihnen nicht passen, brutal aus. **Eigentlich sind sie keine Wissenschaftler mehr, sondern pseudowissenschaftliche Diktatoren. Das ist kein Zufall, haben doch manche von ihnen diktatorisches Gedankengut bewundert.** Nehmen wir etwa den Sozialhistoriker Jakob Tanner, marxistischer Professor an der Universität Zürich, der kurz vor der Pensionierung noch eine Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert geschrieben hat.⁷ Weil ich am 20. Jahrhundert interessiert bin, habe ich versucht, Tanners Buch zu lesen – zuerst am Abend, dann bin ich nach zwei Seiten eingeschlafen. Darum habe ich die Lektüre auf den Morgen verlegt – und bin immerhin erst nach drei Seiten eingeschlafen. Dieses unverständliche Soziologen-Chinesisch ist mir einfach zu hoch. Dann las ich Tanners Zusammenfassung über sein Geschichtsbuch in der Hoffnung, wenigstens hier etwa zu verstehen. Und las da: *„Wie die Eingangszitate zeigen, formte die Schweiz ihr Selbstverständnis unter dem polarisierenden Projektionsdruck gegenläufiger Fremd- und Selbststereotypen. (...) Die demokratische Gleichheitsfiktion wurde in der Schweiz allerdings mit einer ausgeprägt exkludierten Definition des Volkssouveräns kombiniert.“*⁸ Meine Damen und Herren, Macht kann man sich auch anmassen, indem man sich möglichst unverständlich ausdrückt, damit sich alle andern dumm vorkommen und nicht durchschauen, wer wirklich der Dumme ist.

⁷ Jakob Tanner: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München: C. H. Beck Verlag, 2015.

⁸ Jakob Tanner: Langeweile, Vaterlandsliebe und Kuckucksuhren. In: Magazin 4/15 der Universität Zürich, S. 44.

Albisgüetli-Rede 2016

Die Universität Zürich gilt gemeinhin als Krone der Wissenschaft unseres Kantons. Als mir Rektor Hengartner von der Universität Zürich wie vielen andern ehemaligen Studenten frohe Festtage gewünscht hat, habe ich gedankt und angefügt: *„Ich habe heute das Urteil des Verwaltungsgerichtes in Sachen Mörgeli gelesen und mich geschämt, dass in meiner Alma Mater solche Missstände herrschen und die Uni-Leitung nichts dagegen unternimmt. Die Uni sollte nicht zu einem Intrigenstadel für politisch anders Denkende verkommen.“*⁹

Ein anderes Beispiel:

Ein sogenannter „Wissenschaftler“, Prof. Dr. Philippe Mastronardi, ehemaliger Staatsrechtler an der Universität St. Gallen, behauptet, unsere SVP-Statuten seien verfassungswidrig, weil sie niemanden als SVP-Vertreter anerkennen, der gegen den Willen der SVP im Bundesrat Einsitz nimmt. Die Begründung dieses „Wissenschaftlers“ ist bezeichnend – für ihn wie für allfällige wild kandidierende SVP-Kandidaten: *„Das schützenswerte Interesse des kandidierenden Parteimitglieds ist gross: Die Wahl in den Bundesrat ist die Krönung jeder politischen Karriere und stellt für jene, die das Bundesratsamt anstreben, oft den eigentlichen Sinn des lebenslangen Einsatzes in der Politik dar.“*¹⁰ Spätestens nach einer solchen Begründung merkt jedermann, wie wichtig die SVP-Statuten sind, um solch eigennütziges Karrieredenken zu verhindern. Dieser Wissenschaftler weiss: Selbstverständlich sind die SVP-Statuten mitnichten verfassungswidrig, bleibt das Parlament doch völlig frei, zu wählen, wen es wählen will. Ob dieser Gewählte aber ein Vertreter der SVP ist oder nicht, kann die SVP allein entscheiden.

⁹ Christoph Blocher an Prof. Dr. Michael Hengartner, Rektor der Universität Zürich, 18.12.2015.

¹⁰ Philippe Mastronardi: Die SVP-Statuten sind verfassungswidrig. In: „Neue Zürcher Zeitung“, 3.11.2015, S. 12.

Albisgüetli-Rede 2016

Meine Damen und Herren, doch es gehört zum Schönen in der Schweiz, dass sich **immer wieder Einzelne finden, die den Machtmissbräuchen entgegenwirken**. So lese ich plötzlich in der Zeitung¹¹, dass ein vernünftiger Wissenschaftler – der St. Galler Staatsrechtler Prof. Dr. Peter Hettich – ohne jeden Gutachterauftrag, einfach aus wissenschaftlicher Berufung, seinen Kollegen umgehend der „rechtlichen Falschbehauptung“ bezichtigt. Wenn behauptet werde, die Ausschussklausel der SVP sei verfassungswidrig, sei das nichts anderes, *„als politische Ziele in ein Deckmäntelchen von vorgeschobenen rechtlichen Argumenten zu hüllen“*.¹²

Und genau um diese Taktik geht es jetzt auch bei der im Februar zur Abstimmung gelangenden **Durchsetzungsinitiative**. Man redet von Verfassungswidrigkeit, um zu verdecken, dass man die kriminellen Ausländer nicht ausschaffen will und die Verfassung missachtet.

Man versucht vielmehr, den von Volk und allen Kantonen abgelehnten Gegenvorschlag doch noch durchzudrücken.

Meine Damen und Herren, die Politiker gehen den Weg der Diktatoren unverdrossen. So druckte die angeblich liberale NZZ am 5. Januar 2016, Seite 9, einen Leserbrief ab¹³, in dem ein Rechtsanwalt (!) dazu aufrief, SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt als Professor für Privat- und Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich zu entlassen¹⁴, so, wie es bereits mit Prof. Christoph Mörgeli geschehen ist.

Warum soll jetzt auch Professor Vogt entlassen werden? Weil Professor Vogt für die Selbstbestimmungsinitiative ist, die verlangt, dass Schweizer Recht vor fremde Richter gestellt wird. Auch die Begründung ist die von Diktatoren: Wer Schweizer Recht vor fremde Richter stelle, lege den Rechtsstaat still. Die Diktatoren alter Schule haben ihre Diktatur stets über die Volksrechte gestellt.

¹² Peter Hettich: Verfassungswidrige SVP-Statuten? In: „Basler Zeitung“, 18.11.2015, S. 4.

¹³ Leserbrief von Jürg Luginbühl Zürich

¹⁴ Jürg Luginbühl, Zürich: Mörgeli, die SVP und der Rechtsstaat. In: „Neue Zürcher Zeitung, 5.1.2016, S. 9.

Ja, wir haben es weit gebracht: Sie sehen, Herr Bundespräsident – wir rufen mit Ihnen ins Schweizerland: Im vergangenen Jahr ist manches geschehen, „das uns verunsichert“.

Politiker sind ganz besonders gefährdet, ihre Macht zu missbrauchen und sich zu Diktatoren aufzuschwingen, wenn ihnen ein Volksentscheid nicht passt. Ganz Bundesbern will die von Volk und Ständen angenommene SVP-Volksinitiative zur Ausschaffung von verurteilten, schwer kriminellen Ausländern nicht umsetzen.

VII. Die SVP als Verteidigerin der Volksrechte

Meine Damen und Herren, ich betone es noch einmal: Hier geht es um den Kern, um die grundlegendste Frage unseres Staates. Diese Frage lautet: **Wer entscheidet in unserem Gemeinwesen?**

Sind es die Politiker, die Richter, die Wissenschaftler, die Professoren, sind es Verfassungsrichter oder die Richter am Europäischen Gerichtshof in Strassburg? In der Schweiz ist die Antwort schon seit 1848, ja im Grunde schon seit 1291 klar: **In der Schweiz entscheidet das Volk, der Souverän als oberste Instanz, teilweise durch seine gewählten Volksvertreter.**

Unser Recht ist nur legitimiert durch die politische Gemeinschaft der Staatsbürger beziehungsweise deren Mehrheit. Wenn die Minderheit beginnt, Recht über die Mehrheit zu setzen, haben wir die Diktatur. **Die Schweiz hat mit dem Volk als oberstes souveränes Organ gute Erfahrungen gemacht.** Der Schutz der Freiheit und der Rechte des Volkes ist bei uns ein verfassungsmässiger Staatszweck. Dessen ungeachtet schränken Politiker aus Eigennutz die Volksrechte immer mehr ein.

Dabei ist die Demokratie die beste Hüterin der Menschenrechte. Das zeigt die Geschichte eindrücklich. So sagte der grosse Staatsrechtler Zaccaria Giacometti: *"Fehlentscheide der freiheitlichen Demokratie wiegen um der Freiheit willen nicht schwer. Die Bürgerinnen und Bürger können als Träger der Freiheits- und Menschenrechte nicht zugleich deren Feind sein."*¹⁵

Die SVP hat die grosse Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich die Politiker keine ungebührliche Macht anmassen und sich nicht zu Diktatoren aufschwingen. **Diese Diktatoren tragen keine Uniformen, Stiefel und prunkvolle Orden mehr. Sie kommen in ganz normalen Anzügen und Kravatten daher. Oder auch mit Handtäschchen und Lippenstift. Denn es gibt bekanntlich neben den Diktatoren auch Diktatorinnen.**

VIII. Übermut tut gar nicht gut

Ja, die SVP steht in den nächsten Jahren vor grossen Aufgaben. Sie braucht Politiker, die nicht an sich selber denken, sondern an die Interessen der Bevölkerung. Wenn die SVP die hohen Erwartungen erfüllt, wird sie mitsamt ihren Anliegen mit noch mehr Einfluss belohnt. Wenn sie versagt, wird sie bei den nächsten Wahlen bestraft und kann ihren Auftrag weniger gut erfüllen.

Am Besten wäre es, unsere Politiker gingen von Zeit zu Zeit in die Berge, um Übersicht zu gewinnen und die Ansichten der einfachen Bürger zu vernehmen. Ich selber lerne am meisten von den Betruhen unserer Äipler.

¹⁵ Zaccaria Giacometti: Die Demokratie als Hüterin der Menschenrechte. Festrede des Rektors, gehalten an der 121. Stiftungsfeier der Universität Zürich am 29. April 1954, siehe www.archiv.uzh.ch/editionen/jahresberichte/Jahresbericht_UZH_1953_1954.pdf

Albisgüetli-Rede 2016

So von einem Schafhirt auf dem Uri-Rotstock, der rief:

**"Wett lieber, Herr, es Schaf wo bocket,
als Bundsröt, wo z'Brüssel hocked."**

In diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Erfolg und ein gutes 2016.

Es lebe die Schweiz!

Vive la Suisse!

Viva la Svizzera!